

Eckhard Uhlenberg (CDU) begründete den Antrag damit, die CDU wolle eine Schlechterstellung der 80000 landwirtschaftlichen Betriebe in NRW verhindern. Um die Anschlußfinanzierung für den 1991 ausgelaufenen Mehrwertsteuerausgleich hätten sich Bund und Länder gestritten. Jetzt stehe fest, daß der Bund weiter 65 Prozent bezahle, die Mittel würden in diesen Tagen ausgezahlt. In NRW warteten die Landwirte auf die Zusage der restlichen 35 Prozent. Die Ausgleichszahlungen seien produktionsneutral, wie es die SPD fordere.

Johannes Gorlas (SPD) verwies auf die anderen Länder, in denen bisher auch noch keine Mark geflossen sei. Der Ausgleich von Währungsverlusten sei Sache des Bundes. Auch die soziale Sicherung eines Berufsstandes sei eine klassische Bundesaufgabe. Schon bis 1991 hätten die Länder mit Mindereinnahmen büßen müssen, sie seien von der Bundesregierung geleimt worden.

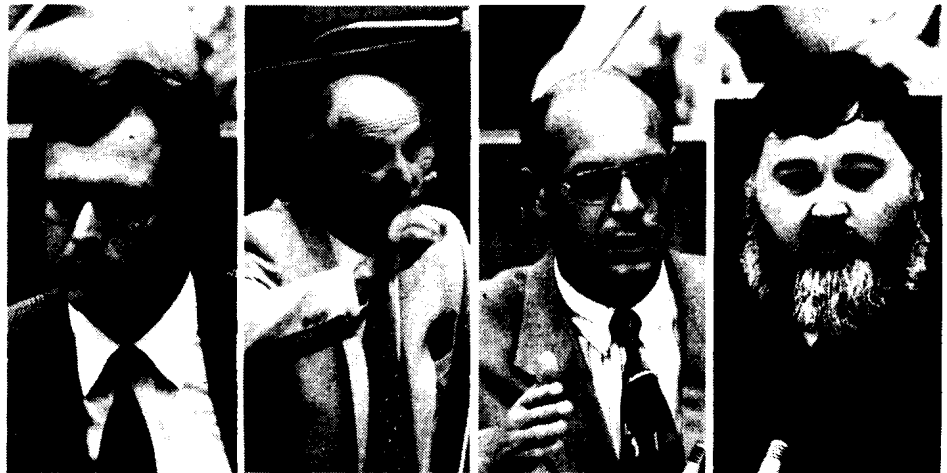
Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) befürwortete eine Ausgleichsregelung durch das Land, wobei es um den relativ geringen Betrag von 78 Millionen Mark gehe. Die NRW-Landwirte dürften gegenüber denen in anderen Ländern nicht benachteiligt werden. Wer Kohle und Stahl mit Milliarden subventioniere, könne auch etwas für unsere Ernährungsgrundlage tun. Zur Deckung schlage die F.D.P. den Verkauf landeseigener Mietshäuser vor.

Siegfried Martsch (DIE GRÜNEN) hielt die Diskussion für unwürdig, peinlich und dem Thema nicht angemessen: „Es ist ein Skandal, daß alle sagen, wir sind dafür, daß gezahlt wird, aber wir zahlen nicht.“ In NRW gebe es noch 78000 landwirtschaftliche Betriebe, pro Betrieb stünden 1000 Mark zur Debatte. In manchen Betrieben würden nur 6000 Mark jährliches Einkommen pro Arbeitskraft erwirtschaftet, für diese sei das

Agrar-Ausgleich wird gezahlt, aber:

„Einheitliches Vorgehen der Flächenländer“

Der CDU-Antrag „Vorlage eines dritten Nachtragshaushalts“ für 1992, mit dem den NRW-Landwirten 78 Millionen Mark (35 Prozent) Ausgleich für währungsbedingte Mehrwertsteuererluste gezahlt werden sollten (Drs. 11/4585) wurde am 11. November gegen die Stimmen der antragstellenden und der F.D.P.-Fraktion abgelehnt, die SPD-Entschießung (Drs. 11/4629) dagegen angenommen. Danach wird den NRW-Landwirten der Ausgleich von Einnahmeverlusten aus Landesmitteln zugesagt, jedoch die einheitliche Regelung unter allen Bundesländern abgewartet.



Einkommensverluste der Landwirte auszugleichen, verlangten (v.l.): Eckhard Uhlenberg (CDU), Johannes Gorlas (SPD), Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.), Siegfried Martsch (DIE GRÜNEN). Fotos: Schüler

viel Geld. Der SPD-Antrag sei ein sauberer Kompromiß.

Minister Klaus Matthiesen (SPD) sah angesichts von Überschneidung mit EG-Politik Bedarf gemeinsamer Beratung von Agrar- und Finanzministern. Auch die CDU solle gegenüber Bonn erklären, daß für währungs- und marktpolitische Ausgleichsmaßnahmen die EG oder der Bund zuständig

seien. Für den Bund-Länder-Finanzausgleich sei das von zentraler Bedeutung. Das Kabinett habe am Vortag entschieden, sich mit den übrigen Flächenländern abzustimmen. Es mache Sinn, auf das einheitliche Vorgehen der Länder zu drängen und gleichzeitig durch Mehrheits- und Kabinettsbeschlüsse abgesichert hinzuzufügen, daß die NRW-Landwirte nicht benachteiligt würden. Haushaltsmäßig sei hierfür vorgesorgt.

Doktorandinnen

Für Forschungsarbeiten zur Geschichte der Kunstgewerbe im 19. Jahrhundert (durch den Aachener Kanonikus Franz Bock und seine Textilsammlungen) und der Goldschmiedearbeiten rheinischer Reliquiare des 17. und 18. Jahrhunderts im Rahmen der Promotion erhielten Dr. Birgit Borkopp und Dr. Annette Schommers das diesjährige Paul-Clemen-Stipendium des Landschaftsverbands Rheinland.

Rauschgifttote

Von 1982 bis 1991 sind in Essen im Zusammenhang mit Drogenmißbrauch 154 Todesfälle gemeldet worden. Im ersten Halbjahr 1992 waren es bereits 31 Rauschgifttote. In Essen wurden darüber hinaus im Vorjahr 1495 Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz sowie 71 Fälle der direkten Beschaffungskriminalität bekannt, wobei es sich hauptsächlich um Fälschungen zur Erlangung von Betäubungsmitteln handelte.

Das teilt das Innenministerium auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Franz-Josef Britz und Manfred Kuhmichel mit (Drs. 11/4613).

SPD-Fraktion für baldige Einberufung

NRW-Landeskonferenz Ausländerpolitik

Anstelle des von der GRÜNEN-Fraktion beantragten Ausländerbeauftragten als eines in der Verfassung verankerten Amtes (Drs. 11/3798) stimmte das Landtagsplenum am 13. November einer SPD-Entschießung (Drs. 11/4630) zu: „Der Landtag begrüßt die Absicht der Landesregierung, eine Landeskonferenz Ausländerpolitik einzurichten.“ Diese solle sich in der Öffentlichkeit und gegenüber der Landesregierung und dem Landtag für die Interessen der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger einsetzen, die Zusammenarbeit koordinieren, an neuen Entwicklungen in der Ausländerarbeit mitarbeiten und Maßnahmen gegen Ausländerfeindlichkeit anregen. In der „Landeskonferenz Ausländerpolitik“ sollen die Vertretungen der Ausländer, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, helfende Gruppen und Wohlfahrtsverbände und die kommunalen Spitzenverbände Mitglieder sein. Eine Aussprache über die mit den Stimmen der SPD-Mehrheit bei Enthaltung der CDU, F.D.P. und der Grünen angenommene Entschießung fand nicht statt.

Roland Appel (DIE GRÜNEN) erläuterte die Entwürfe seiner Fraktion zu einer Verfassungsänderung und zum Gesetz über einen Ausländerbeauftragten, die beide nicht angemessen behandelt worden seien. Eine starke Stimme für die Belange der nichtdeutschen Menschen sei notwendiger denn je. Der wirkliche Grund, weshalb ein solches Amt nicht geschaffen werde, sei dessen Gegnerschaft gegen verschärfte Ausländergesetze. Gegen die Ausländerkonferenz sei nichts einzuwen-

den. Aber der Versuch, im Vorfeld abzubügeln, sei die kleine Lösung. In vielen Bundesländern gebe es Ausländerbeauftragte, die ganz wichtige Arbeit leisteten.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) begründete die ablehnende Haltung mit dem Antrag ihrer Fraktion vom November 1991, einen Ausländerbeauftragten in NRW als Ansprechpartner und Sprachrohr für die Belange der Ausländer zu ernennen, der noch in der Beratung sei.